

L MAGAZIN

LINKSDRUCK

Ausgabe Nr.2 · Mai 2016

Das Konzept **Gute Arbeit**



Bild: xxee/REHvolution.de/photocase.de

DIE LINKE.
Fraktion im Landtag Brandenburg



Bild: Landtag Brandenburg

Editorial

Gute Arbeit – das ist das Schwerpunkt-Thema dieser Linksdruck-Ausgabe. Für unsere Fraktion ist es das schon lange und erst recht seit Beginn der rot-roten Koalition in Brandenburg.

Unser Land hat seitdem neue Wege in der Wirtschaftspolitik beschritten: Unsere Strategie rückt Transformation von Unternehmens- und Produktstrukturen ins Zentrum, belohnt nachhaltige Ressourcennutzung, fördert Innovationen in Produktion, Wissenschaft und im Dienstleistungssektor, führt regionale sowie sektorale Förderung zusammen und verbindet sie zugleich mit sozialen Kriterien wie Tariftreue, Weiterbildung oder Familienfreundlichkeit. Öffentliche Aufträge wurden an eine existenzsichernde Lohnuntergrenze gekoppelt, noch ehe daran bundesweit zu denken war. Mit der Neueinstellung von Lehrern und Erzieherinnen finden junge Menschen Arbeit und Lebensperspektiven in Brandenburg – zugleich kommt ihre Tätigkeit anderen zugute, die durch bessere Bildungsmöglichkeiten größere Lebenschancen gewinnen.

Ein Paradies für alle ist Brandenburg

jedoch noch lange nicht. Das wissen alle, denen der soziale Stress schwer zu schaffen macht, denen ein ewig angespanntes Haushaltsbudget, steigende Preise, höhere Herausforderungen im Job oder die Zukunft der eigenen Kinder permanent Sorgen bereiten.

Den Wandel sozial zu gestalten, allen einen würdigen Platz in der Gesellschaft zu ermöglichen, soziale Polarisierung zu verhindern – darum geht es noch lange. Dafür braucht es einen stabilen gesellschaftlichen wie politischen Konsens. Begriffe wie Gerechtigkeit und Solidarität aber sind umstritten wie nie. Gelten sie als Grundwerte – oder nur als Privilegien für Deutsche? Wo sie aber einmal eingeschränkt werden, sind alsbald auch jene außen vor, die sich anfangs persönliche Vorteile zu Lasten anderer erhofft hatten. Für uns LINKE sind und bleiben Gerechtigkeit und Solidarität daher Grundwerte unserer täglichen Arbeit. Gute politische Arbeit für Gute Arbeit für alle – das ist unsere Richtschnur.

von *Ralf Christoffers*,
Fraktionsvorsitzender DIE LINKE.

Impressum

DIE LINKE.
Fraktion im Landtag Brandenburg

Alter Markt 1
14467 Potsdam

Telefon: 0331/966 15 03
Telefax: 0331/966 15 05

E-Mail:
geschaeftsstelle
@linksfraktion-brandenburg.de

Netz:
www.linksfraktion-brandenburg.de

V.i.S.d.P.
Thomas Domres,
Parlamentarischer Geschäftsführer

Bildnachweis
(sofern nicht im Besitz der Fraktion)
S. 1: xxee · REHvolution · photocase.de
S. 2/3: Landtag Brandenburg
S. 4: AAFV PM e.V. · Leisegang
S. 5: bokehlicious · photocase.de
S. 6: ka.te · photocase.de
S. 7: DGB · Simone M. Neumann
S. 9: Sven Rosig



Inhalt

Einleitendes

Seite 2:

Editorial · Impressum · Inhalt

Schwerpunkt "Gute Arbeit"

Seite 4-5:

Kleiner Anfang, großer Bedarf –

Ein Sozialwirtschaftsbetrieb probt die Zukunft

Mindestlohn

– wie weiter?

Seite 6-7

Das Konzept "Gute Arbeit" –

Brandenburg ist auf dem richtigen Weg

"Zeit für mehr Solidarität"

Ein Interview zum diesjährigen Mai-Motto des DGB

Thema Armut

Seite 8:

Chancen für alle eröffnen!

Über Arbeitsbekämpfung in Brandenburg

Thema Landwirtschaft

Seite 9:

Alltag zwischen Anspruch und Wirklichkeit

Wie ein mittlerer Agrarbetrieb
das Überleben meistert

Thema Flucht & Asyl

Seite 10-11

Flüchtest Du noch –

oder bist Du schon integriert

Dem Bürgerkrieg entkommen

Ein syrischer Lehrer erzählt von seiner Flucht

Unterwegs in Brandenburg

Seite 12-13

Aus den Kreisen

Abgeordnete in Aktion

Ausflugstipp

Kultur und Sport bei Bernau

Die Abgeordneten der Fraktion

Seite 14-15

Kontaktdaten und Fotos –

von "B" wie Bader bis "L" wie Loehr

Kontaktdaten und Fotos –

von "L" wie Ludwig bis "W" wie Wilke



Kleiner Anfang, großer Bedarf

Ein Sozialwirtschaftsbetrieb probt die Zukunft

Kuhlowitz, Abzweig. Schlichter kann eine Bushaltestelle wirklich nicht heißen. Vielleicht fehlt die Poesie, weil es nur eine gibt in dem einige Dutzend Menschen zählenden Straßendorf. Dort gibt es als Hingucker eine mittelalterliche Feldsteinkirche und ein noch ziemlich frisches Kongresshotel. Wenn man die Dorfstraße weiterläuft, sieht man Leben, trotz der geringen Einwohnerzahl. Neben Einheimischen laufen und radeln auch ein paar Flüchtlingskinder herum. Am Ende der Straße ahnt man, wo vor 1989 die Menschen ihr Auskommen hatten. Alte Wassertank-Anhänger mit reichlich Patina anderes stehen da und erinnern an die Zeit der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaft (LPG) Kuhlowitz-Lüsse-Preußnitz.

Auch heute noch dominiert die Landwirtschaft. Doch die großen Strukturen und mit ihnen viele Arbeitsplätze brauchen weg.

Roland Leisegang hat es selbst nicht miterlebt. Der Mann mit dem mächtigen Vollbart strahlt eine Mischung aus Tatendrang und Pragmatismus aus. Er kam 2012 hier her, um die Geschäftsführung eines Vereins zu übernehmen, dessen Namen zu schreiben schon Arbeit macht: Arbeits- und Ausbildungsförderungsverein Potsdam-Mittelmark e.V., kurz AAFV-PM. Gegründet 1991 als gemeinsames arbeitsmarktpoliti-

sches Instrument der Kommunen der Region, um die Massenarbeitslosigkeit der Wendezeit etwas abzufedern, hat der Verein neue Aufgaben - da sind vor allem die Hürden, die überwunden werden müssen, um Langzeitarbeitslose wieder sinnvoll beschäftigen zu können, am besten im so genannten Ersten Arbeitsmarkt. Seit neuestem spielt auch die Zukunft der Flüchtlinge eine Rolle in Kuhlowitz.

Ein Experiment, das die Arbeitswelt prägen könnte

Die ersten Schritte sind getan: Schutz, ein Dach über dem Kopf und täglich zu essen sind gesichert, auch mit Hilfe des Vereins. Ronald Leisegang als neuer Kopf steht auch für diese neue Aufgabe: Die Flüchtlinge so in der Region und ganz konkret im Dorf zu integrieren, dass das zur Normalität wird, keiner weiteren, aufgeregten Schlagzeile wert.

„Eine erhebliche Zeit lang hatte der Verein eine schwierige Phase. Er hatte es versäumt, in den Zeiten intensiver Fördermittelzuwendung Finanzen dafür zu nutzen und neue Methoden zu entwickeln, um sich für die Zeit nach der Phase der vielzitierten ABM, den Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, vor-

zubereiten und Neues zu leisten“, sagt Leisegang. Zwischenzeitlich vertröstet er am Telefon einen gewissenhaften Wirtschaftsprüfer, der die Bücher systematisch durchkämmt, auf einen späteren Rückruf. Er möchte nicht gestört werden, wenn er dem Linksdruck-Magazin von einem Experiment erzählt, das, einmal größer geworden und über das Land verbreitet, die Arbeitswelt neu prägen könnte.

Von seinem Zimmer im alten DDR-Verwaltungsbau lenkt er seit einem Jahr mit seinen Kollegen vom Vorstand „Hand in Hand“, den ersten sogenannten Sozialwirtschaftsbetrieb im Landkreis Potsdam-Mittelmark. Die Idee dahinter ist eine Symbiose: Alles baut auf klassischem, gewinnausgerichtetem Arbeiten auf, die Ergebnisse sollen Mehrwert für Auftragnehmer und -geber einbringen. Doch dann beginnt etwas Neues: Der Gewinn nach Abzug aller Aufwendungen fließt nicht in die Taschen von Gesellschaftern oder Aktionären, sondern ist an den sozialen Zweck gebunden. Eine Kombination, die es möglich macht, dass zunächst zwei Langzeitarbeitslose aus der Region sich seit einigen Monaten in verschiedenen Gewerken ausprobieren und Selbstvertrauen zurückgewinnen können. Und das passiert mit nützlichen Tätigkeiten für andere Betriebe. „Dabei kommen

wir ausdrücklich den Facharbeits- und Garantieleistungen der Partnerunternehmen nicht in die Quere“, betont Leisegang. „Wir machen vorbereitende Arbeiten, die die Fachleute entlasten. Zum Beispiel entfernen unsere Leute vor Renovierungen alte Tapeten, reißen marode Mauern ab, bevor Maurer neue Bauleistungen erbringen“, erzählt er. Rechtlich funktioniert das wie das Verhältnis von Unternehmer und Subunternehmer. Dabei achtet der Verein darauf, die Idee der Guten Arbeit von der Formel zur Praxis werden zu lassen. Der Mindestlohn für die Beschäftigten ist selbstverständlich, nicht erst seit der gesetzlichen Regelung war das Teil des Konzeptes, ebenso die volle Sozialversicherung. Dazu kommt der Verzicht auf nackte Gewinnmaximierung und stattdessen das erklärte Ziel, den Endzwanziger und Mitteldreißiger in die Lage zu versetzen, den Hilfsarbeiterstatus hinter sich zu lassen. „Wir möchten sie befähigen, sich mit einem Abschluss zu qualifizieren. Und

wir hoffen, dass die Jungs so positiv auffallen, dass die Partnerunternehmen sie gerne auf Dauer bei sich beschäftigen möchten“, sagt Leisegang. Die Arbeitsagentur vor Ort wählt die potenziellen Beschäftigten für den „Hand in Hand“-Sozialwirtschaftsbetrieb aus. Nach insgesamt zwei Jahren wird sie gemeinsam mit Leisegang und seinem Stab über die weitere Arbeitszukunft der beiden Probanden beraten.

Roland Leisegang hat einen Plan: Er möchte langfristig etwa acht bis zehn Menschen im Sozialwirtschaftsbetrieb beschäftigen. „Wir wollen auch etwas probieren, was als Aufgabe ohnehin gelöst werden muss: Flüchtlinge und Langzeitarbeitslose gemeinsam zu neuen Chancen für sie führen, sie gemeinsam lernen und sich auf für sie neuem Terrain entwickeln lassen. Das muss sehr behutsam gehen“. Dazu brauche es aber mehr sozialpädagogisch qualifizierte Betreuerinnen und Betreuer. „Bislang übernimmt unser Vorarbeiter diese Funktion - und zerteilt

sich halb zwischen Wissensvermittlung und Sozialbetreuung“, sagt Leisegang. In Zukunft werden die Kosten für die sozial-pädagogische Betreuung durch das Land übernommen.

Leisegang selbst versucht, sich seine Fachkräfte zu „erschaffen“. Seine Quereinsteiger bei der Flüchtlingsbetreuung, die irgendwann nach dem Ende der Gemeinschaftsquartiere entlassen werden müssten, hat er mit der Industrie- und Handelskammer zusammengebracht, um gemeinsam einen fundierten Lehrplan für Soziale Arbeit mit Schwerpunkt Integration zu entwickeln. „Denn genau das steht an und wir alle müssen uns jetzt darum kümmern“, sagt Leisegang. Da wartet schon längst der Wirtschaftsprüfer auf seinen Rückruf. Denn der Betrieb will stabil sein für die neue Aufgabe. Die Zeit der Sozialwirtschaftsbetriebe scheint gekommen. Viele merken es noch nicht. Doch Leisegang und seine Leute haben das Morgen schon erkannt.

von *Sven Rosig*



Bild: bokehlicius/photocase.de

Mindestlohn – wie weiter?

Die Einführung des gesetzlichen Mindestlohns war ein erster Schritt für mehr Lohngerechtigkeit und damit für „Gute Arbeit“.

Brandenburg war das erste Land in Ostdeutschland, das bereits zum 1. Januar 2012 einen vergabespezifischen Mindestlohn eingeführt hat. Zu Beginn lag dieser bei 8 Euro, im Februar 2014 ist er auf 8,50 Euro gestiegen. Damit war

Brandenburg bundesweit Vorreiter. Am 1. Januar 2015 wurde der deutschlandweit geltende gesetzliche Mindestlohn von 8,50 Euro eingeführt. Fast ein Drittel der abhängig Beschäftigten in Brandenburg haben vom Mindestlohngesetz profitiert.

Rund 330.000 Beschäftigte in Brandenburg haben vor Einführung des gesetzlichen Mindestlohns weniger als

8,50 Euro pro Stunde erhalten. Aber auch ein Stundenlohn von 8,50 Euro schützt nicht vor Altersarmut.

Die Mindestlohnkommission aus Vertretern von Arbeitgebern und Gewerkschaften wird bis Mitte des Jahres über eine Anpassung der Höhe beraten. Am 5. Juni 2015 hat die Brandenburger Mindestlohnkommission die Erhöhung des vergabespezifischen Mindestlohns auf 9 Euro empfohlen. Voraussetzung für die Umsetzung ist die Novellierung des Vergabegesetzes. Ein erster Entwurf der Landesregierung liegt vor.



Das Konzept „Gute Arbeit“

Brandenburg ist auf dem richtigen Weg

Viele von uns verbringen einen Großteil ihrer Zeit am Arbeitsplatz. Da ist es wichtig, dass neben der Bezahlung auch die Arbeitsbedingungen stimmen. Nur so ist es in vielen Berufen möglich, bis zum Eintritt ins Rentenalter durchzuhalten. Deshalb streiten wir gemeinsam mit den Gewerkschaften für eine gerechte Entlohnung, für soziale Sicherheit, für einen nachhaltigen Arbeits- und Gesundheitsschutz, für Angebote zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie und mehr Mitsprache der Beschäftigten, also für „Gute Arbeit“. Nicht nur am 1. Mai, sondern auch im täglichen politischen Geschäft hat für uns das Thema „Gute Arbeit“ Priorität.

Bereits in der ersten Legislaturperiode der rot-roten Koalition haben wir beschlossen, Brandenburg zu einem Land der „Guten Arbeit“ zu machen. Erste Schritte waren die Einführung eines Mindestlohnes für öffentliche Vergaben und die Einführung sozialer Kriterien wie Tarifbindung, Begrenzung der Leiharbeit und die Schaffung von Ausbildungsplätzen bei der Wirtschaftsförderung.

„Gute Arbeit“ ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Der Arbeitsalltag vieler Beschäftigten ist aber nach wie vor von Leistungsdruck, geringe Bezahlung und Angst um den Arbeitsplatz geprägt. Nur jeder zweite Beschäftigte geht nach einer 2014 vorgestellten Studie der Initiative Gesundheit und Arbeit davon aus, seine derzeitige Tätigkeit bis zum Renteneintritt auszuüben. Darüber hinaus schätzten nur 55 Prozent das Verhältnis zwischen den Lebensbereichen Arbeit, Familie, Partnerschaft und

Freizeit als zufriedenstellend ein. Das ist ein Warnsignal.

Um die Gestaltung einer zukunftsfähigen und fairen Arbeitspolitik zu unterstützen, verschiedene gesellschaftliche Akteure zu vernetzen und inhaltliche Schwerpunkte zu setzen, hat der Landtag im Dezember 2015 die Gründung eines neuen Bündnisses für „Gute Arbeit“ angeregt. Dabei wollen wir an die guten Erfahrungen in der Arbeit der bestehenden Bündnisse für Fachkräftesicherung, Ausbildungskonsens und Sozialpartnerdialog anknüpfen, die bereits wichtige Impulse für die Brandenburger Arbeitsmarktpolitik gesetzt haben.

„Gute Arbeit“ ist eine gesellschaftliche Aufgabe

Brandenburgs Bevölkerung wird nach der jüngsten Bevölkerungsprognose auf 2,3 Millionen im Jahr 2030 zurückgehen. Die Zahl der Menschen im erwerbsfähigen Alter soll um rund 30 Prozent sinken. Die Sicherung und Entwicklung einer ausreichenden Fachkräftebasis ist eine zentrale Aufgabe der Unternehmen und der Sozialpartner. Die Landesregierung muss dafür die notwendigen Rahmenbedingungen schaffen.

Ein wichtiger Baustein dafür ist die Erhöhung der Tarifbindung. In Brandenburg haben wir derzeit nur eine Tarifbindung zwischen 25 und 30 Prozent. Der Anteil der tarifgebundenen Beschäftigten liegt bei 51 Prozent. Über die Fortführung des Sozialpartnerdialogs soll

die Allgemeinverbindlichkeits-Erklärung von Tarifverträgen insbesondere zu Ausbildungsentgelten befördert werden. Die Linksfraktion unterstützt alle Maßnahmen, die Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden dabei helfen, den Beschäftigten gute und sichere Arbeitsplätze zu bieten. Beide Seiten brauchen einen hohen Organisationsgrad, um mehr Tarifbindung und Tarifverträge zu erreichen und auch die Bildung weiterer Betriebsräte zu befördern.

Gerade in der Pflege brauchen wir eine gerechte Bezahlung. Laut Volkssolidarität liegt die Vergütung der Pflegeleistungen in Brandenburg durch die Pflegekassen erheblich unter der in Berlin. Notwendig sind auch gute und faire Arbeitsbedingungen sowie betriebliches Gesundheitsmanagement, damit die Pflegebedürftigen angemessen betreut und versorgt werden können. Während infolge erhöhter Flexibilität sowie Digitalisierung von Arbeitsprozessen bei vielen Tätigkeiten psychische Belastungen tendenziell zunehmen, sind gerade für Dienstleistungsberufe weiterhin physische Belastungen bestimmend. Nur durch verstärkte Prävention lassen sich hieraus entstehende Risiken für Sicherheit und Gesundheit zurückdrängen.

Jetzt gilt es, die guten Erfahrungen zu verallgemeinern, die verschiedenen Aktivitäten in einem neuen „Bündnis für Gute Arbeit“ stärker zu verknüpfen und so den rasanten Wandel der Arbeit aktiv zu gestalten. Das neue Bündnis wird sich am 11. Mai in Potsdam konstituieren.

von *Andreas Bernig, MdL*

„Zeit für mehr Solidarität“

Was steckt hinter dem DGB-Motto zum 1. Mai 2016?

Doro Zinke ist die Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes in Berlin und Brandenburg. Wir haben sie gefragt, was es mit dem diesjährigen DGB-Motto zum 1. Mai auf sich hat?

Frau Zinke, der 1. Mai steht dieses Jahr unter dem Motto „Zeit für mehr Solidarität“ Was bedeutet das konkret für Brandenburg? Welche Schwerpunkte sieht der DGB?“

Zeit für mehr Solidarität, für gute Arbeit, sichere Rente, gute Bildung: Das sind die Forderungen der DGB-Maiplakate dieses Jahr. Gute Arbeit muss es für alle in Brandenburg geben. Forderungen nach Mindestlohn-Ausnahmen für Flüchtlinge sind abwegig. Genauso falsch ist die Ausnahme für Langzeitarbeitslose. Solidarität heißt, Beschäftigte nicht gegeneinander auszuspielen.

Der Mindestlohn muss wie andere Standards wirksam durchgesetzt werden. Auch in Brandenburg gab und gibt es Umgehungsversuche. Bei der letzten Spargel- und Beerenernte sind nach Erfahrung gewerkschaftlicher BeraterInnen immer noch nicht alle

Arbeiter korrekt bezahlt worden. In manchen Bäckereien wurde nur die Arbeit während der Öffnungszeiten bezahlt. Im Reinigungsgewerbe gab es massive Arbeitsverdichtung und unbezahlte Überstunden.

Solidarität heißt, im Alter anständig leben können – in Brandenburg wird das ein Problem. Wer heute in Rente geht, hat real 150 Euro weniger als Neurentner im Jahr 2000. Prekäre Jobs und Arbeitslosigkeit drücken die Ansprüche. Schlimm waren auch die vergangenen Rentenkürzungen. Das Rentenniveau muss stabilisiert werden. Im Osten leben 98 Prozent der Menschen im Alter von der gesetzlichen Rente, Riester hilft hier kaum jemandem.

Solidarität heißt, anständig leben zu können

Solidarisch ist gute Daseinsvorsorge: Dass ich eine gute und bezahlbare Wohnung finde – in Potsdam und rund um Berlin zunehmend schwierig –, dass ich mit Bus und Bahn zur Arbeit komme.

Und Solidarität heißt für Gewerkschafter, dass Menschenrechte unteilbar sind. Menschenfeindlichkeit und Angriffen gegen MigrantInnen treten wir entgegen“.

Welche Möglichkeiten hat der DGB Berlin/Brandenburg, die Tarifbindung in den Brandenburger Betrieben zu erhöhen? Wie kann der DGB dafür sorgen, dass in Brandenburg mehr Betriebsräte gegründet werden, damit die Mitbestimmung erhöht wird?“

Tarifbindung erhöhen heißt ja: Ein Unternehmen schließt mit der zuständigen Gewerkschaft einen Tarifvertrag ab oder tritt seinem Arbeitgeberverband mit Tarifbindung bei. Leider sehen viele Unternehmen nach wie vor nicht, dass sichere Tarifverträge ein Mittel sind, um Arbeitskräfte zu binden. Dort müssen die Gewerkschaften in Auseinandersetzungen gehen, die aber nur gewonnen werden können, wenn Belegschaften sich organisieren und für ihre Rechte eintreten. Gewerkschaften handeln nicht stellvertretend für die Menschen, sondern mit ihnen zusammen.

Das gilt auch für Betriebsräte: Sie sind zwar gesetzliche Pflicht, aber immer noch meinen rückwärtsgewandte Unternehmen, sie könnten mit Druck die Belegschaften die Wahl eines Betriebsrats verhindern. Auch hier gilt: Jammern hilft nichts, sondern aufrechte Haltung, gemeinsam mit KollegInnen und der Gewerkschaft im Rücken.

Der DGB fordert zudem von der Landesregierung, keine öffentlichen Mittel, Preise, usw. an Unternehmen zu geben, die keinen Betriebsrat haben oder nicht tarifgebunden sind. Es kann nicht angehen, dass die Unternehmerverbände, gerade in Brandenburg, Erklärungen über „Gute Arbeit“ unterzeichnen und als erste bundesweit eine Mitgliedschaft „ohne Tarifbindung“ eingeführt haben.



Bild: DGB/Simone M. Neumann

Chancen für alle eröffnen

Über Armutsbekämpfung in Brandenburg

Für **DIE LINKE** in Brandenburg hat die Bekämpfung von Armut oberste Priorität. Wir werden uns nicht damit abfinden, dass Kinder in unserem Land einen ungleichen Zugang zu guter Ernährung, gesundheitlicher Versorgung, Bildung, Sport, Kultur und Freizeitgestaltung haben.

Gleich zu Beginn dieser Legislatur haben wir daher einen Antrag zur zielgerichteten Bekämpfung von Armut in den Landtag eingebracht. Auch unsere Sozialministerin Diana Golze hat dieses Thema zu ihrem Schwerpunkt erklärt.

Eine der ersten Maßnahmen war die Initiierung eines Runden Tisches gegen Kinderarmut. Bei diesem Runden Tisch kommen Akteure aus verschiedensten Bereichen zusammen, gehen in Einrichtungen im ganzen Land, um die Wirksamkeit bisheriger Maßnahmen zu überprüfen und ggf. neue zu erarbeiten. Für diese Modellprojekte haben wir im Rahmen der Haushaltsbeschlussfassung 500.000 Euro zur Verfügung gestellt.

Die Armutsberichte der vergangenen zwei Jahre zeigen nun: Die Armutsquote in Brandenburg ist jeweils leicht gesunken. Mit einer Reduzierung um 0,8 Prozent hat Brandenburg im Ländervergleich eine der besten Entwicklungen gemacht.

Im regionalen Vergleich zeigt sich ein differenzierteres Bild. Während in den Regionen Uckermark-Barnim (-3,5), Oderland-Spree (-1,5) und Haveland-Fläming (-1,2) eine Reduzierung der Armutsquote zu verzeichnen ist, stieg sie in Lausitz-Spreewald (+0,6), Prignitz-Oberhavel (+1) an.

Trotz der insgesamt positiven Entwicklung, darf uns das genau deshalb in keinster Weise beruhigen oder zufrieden stellen. Jeder Mensch in Armut ist einer zu viel. Insbesondere in einem reichen Land wie Deutschland, in dem

die Schere zwischen arm und reich immer größer wird.

Nach wie vor führen vor allem der Verlust des Arbeitsplatzes, prekäre Beschäftigung und sinkende Renten, aber auch Krankheit oder Pflege in die Armut. Insbesondere Alleinerziehende und Erwerbslose, aber auch Menschen mit niedrigem Bildungsabschluss sind armutsgefährdet. Die sozialen Sicherungssysteme sichern schon lange nicht mehr ausreichend.

Die Schere zwischen arm und reich wird nach wie vor größer

Die Entwicklung zeigt aber auch, dass sich unser Engagement gegen prekäre Beschäftigung und für einen gesetzlichen Mindestlohn lohnt. Auch Maßnahmen wie das Schüler-Bafög für Schülerinnen und Schüler aus einkommensschwachen Familien, der Zuschuss zu Familienreisen oder das Mobilitätsticket waren richtige Schritte.

Unser Ziel ist es, vorhandene Maßnahmen zur Armutsbekämpfung zu bündeln, neue Maßnahmen zu entwickeln und die Instrumente der Arbeitsförderung besser zu verzahnen bzw. neue zu entwickeln. Daran wird kontinuierlich gearbeitet.

So hat der Landtag auf Initiative der LINKEN im Sommer vergangenen Jahres ein neues Programm zur Förderung von Beschäftigungsmöglichkeiten für Langzeiterwerbslose beschlossen. Durch gezielte Förderung von Sozialbetrieben können Langzeiterwerbslosen wieder auf dem Arbeitsmarkt integriert werden. Der Vergabemindestlohn in Brandenburg wird noch in diesem Jahr auf 9 Euro angehoben und damit über dem bundesweiten Mindestlohn liegen. Das Landespflegegeld – als

Nachteilsausgleich für Menschen mit Behinderung – wurde um 30 Prozent erhöht. Die Pflegeoffensive mit dem Schwerpunkt „Pflege im Quartier und Ambulant vor Stationär“ wurde initiiert. Das Netzwerk „Gesunde Kinder“ wird weiterentwickelt und ein Gütesiegel für die Call Center Branche wurde von uns zur Diskussion gestellt.

Die rot-rote Koalition in Brandenburg allein kann es nicht schaffen, die Armutsentwicklung zu verändern. Nach wie vor erschweren schlechte bundespolitische Rahmenbedingungen Landespolitik. Um Armut zu verringern, müsste der Hartz-IV-Satz durch eine existenzsichernde Grundsicherung ersetzt werden. Das Gegenteil ist der Fall. Die Bundesregierung nutzt jede Gelegenheit, um die Sanktionsmöglichkeiten für Hartz-IV-Bezieher auszuweiten. Dabei sind es gerade die Sanktionen wie Kürzungen bei den Kosten für Unterkunft und Heizung, die Betroffene in Existenznot bringen.

Es bleibt also noch sehr viel zu tun. Als sozialpolitischer Sprecher setze ich mich gemeinsam mit unserer Fraktion dafür ein, dass wir alle landespolitischen Möglichkeiten zur Bekämpfung von Armut und zur Milderung von unverschuldeten, armutsbedingten Nachteilen voll ausschöpfen, um größtmögliche Chancengleichheit für alle in unserem Land zu ermöglichen.

von René Wilke, MdL





Alltag zwischen Anspruch und Wirklichkeit

Wie ein mittlerer Agrarbetrieb das Überleben meistert

Holger Lampe mag kein Schwarz und Weiß beim Argumentieren. Er arbeitet da, wo schwarz und weiß oft nicht nur die Tiere sind, sondern auch die Urteile über seine Branche: in der Landwirtschaft. Lampe ist Chef der Agrargenossenschaft Trampe-Breydin bei Werneuchen. Die ist mit 1400 Hektar Ackerboden, darunter etwas mehr als 50 Hektar Wald, und ein wenig Wiese, ein mittelständischer Betrieb. Bis zu 400 Rinder leben dort. Acht Monate im Jahr holen sie sich ihr Futter selbst, auf der Weide. Die restlichen vier Monate ist der Stall ihr Zuhause. Und da geht es schon los. „Für nicht wenige ist das bereits Massentierhaltung“, sagt Lampe fast leise. Massentierhaltung. Dabei denken viele unwillkürlich an Tiere mit wunden Stellen und milchig-trübem, stumpfsinnigen Blick in verjauchter Hallenluft. Dass „seine“ hellwachen Tiere gesund aussehen und Platz haben wie auch ihr Herdengefühl leben, sehen meist nur er und seine Leute.

Lampe sieht riesige Widersprüche in seiner Berufswelt. Das fängt beim Getriebe der Nahrungsgüterwirtschaft an. Die großen Handelskonzerne paktierten auf unheilvolle Weise mit ihren KundInnen, den KonsumentInnen. Bei Fleisch

könne man beinahe buchstäblich von einem gemeinsamen Schlachtruf reden: Billiger! Doch der Preisdruck erstreckt sich auf nahezu alle Produkte. „Bei 19 Cent pro Liter Milch kann nicht einmal von kostendeckender Arbeit die Rede sein. Zum Vergleich: Es gibt Mineralwässer, da wird bestenfalls ein bisschen Kohlensäure reingedrückt – die kosten mehr als zwei Euro“, sagt Lampe.

Der Preisdruck betrifft alle Produkte

Etwa drei Millionen Umsatz macht die Agrargenossenschaft jährlich. Doch darin eingerechnet sind die Fördermittel aus der Europäischen Union. „Die sind dafür da, um die Verluste durch die vom Handel aufgezwungenen Niedrig-Aufkaufpreise für landwirtschaftliche Produkte leidlich auszugleichen. Sonst wäre Landwirtschaft kaum mehr möglich“, sagt er.

Was viele nicht wissen: Auch im Agrarbereich setzt der technische Fortschritt die Betriebe unter massiven Handlungsdruck. Mittlerweile gibt es Betriebe, auf denen unbemannte Traktoren pflügen und die Kühe von hochsensiblen Robotern gemolken werden. Künftig brauche es weniger, aber dafür hochqualifizierte Agrarbeschäftigte dafür. Alles das ist für Lampe zunächst weder gut noch schlecht. Für ihn kommt es darauf an, ob die Landwirtschaft zu einer Struktur zurückfindet, in der Produktqualität, Tierwohl, Beschäftigungssituation und Wirtschaftlichkeit wieder in ein annehmbares Gleichgewicht gelangen. Doch Lampes Optimismus

hält sich in Grenzen. Der Landaufkauf durch Großinvestoren bis aus China, auch in direkter Nachbarschaft, hat ihn alarmiert. „Das ist kein Strukturwandel, das ist schon ein Paradigmenwechsel“, schätzt er ein. „Das Land etwa gehört einer Firma in Hamburg. Die schicken dann zum Pflügen oder sähen Dienstleister. Die ziehen das auch durch, wenn das Wetter das eigentlich verbietet. Bei denen zählt halt der Dienstplan“, erläutert Lampe sein Erleben. Diese Leute interessiere nicht mehr, wie es dem Dorf geht und was die Menschen brauchen. In Brandenburg gibt es Lampe zufolge bereits solche Ländereien im unteren fünfstelligen Hektarbereich.

Den Konflikt zwischen Biobauern und konventionellen Landwirten erlebt er vor allem als Medienschöpfung. „Am Ende bedrängen uns die gleichen Sorgen. Daher sollten wir auch fair miteinander umgehen und zusammenstehen“, wünscht er sich.

Von der Gesellschaft und der Politik fordert Lampe ein Umdenken. Nach mehr Tierwohl rufen und das Fleisch immer billiger haben wollen, auf gesundes Getreide bestehen, aber Billig-Brötchen voller Chemie im Supermarkt kaufen und die Bäcker sterben lassen, das gehe nicht zusammen. Holger Lampes Resümee: „Die politischen Lösungen und die Argumente dafür kommen oft aus dem urbanen Raum. Das muss nicht falsch sein. Doch wenn etwas falsch ist, sollte Einsicht da sein. Am Ende müssen wir für die Zukunft der Landwirtschaft einen tragfähigen Kompromiss zwischen ethischem Anspruch und wirtschaftlichen Möglichkeiten finden.“

von *Sven Rosig*



Flüchtest Du noch – oder bist Du schon integriert?



Zugegeben, diese Frage ist etwas provokant, sie macht aber deutlich, was eine der drängendsten Aufgaben im Land und in den Kommunen ist: Denjenigen Lebensperspektiven zu geben, die zu uns geflüchtet sind. Nur so wird das, was allgemein als Integration bezeichnet wird, gelingen.

Im vergangenen Jahr sind mehrere Zehntausend Menschen als Flüchtlinge nach Brandenburg gekommen. Ca. 25.000 von ihnen wurden in den Landkreisen und kreisfreien Städten untergebracht. Viele von ihnen werden dauerhaft in Deutschland bleiben. Ob sie in unserer Region bleiben, hängt davon ab, ob wir ihnen die Chance geben, sich hier ein eigenes Leben aufzubauen. Nur, was ist dafür alles zu tun?

Am Beginn eines neuen Lebens in Deutschland stehen eine gute Unterbringung und Versorgung. Mit dem neuen Landesaufnahmegesetz haben wir die Voraussetzungen dafür verbessert: Das Land fördert künftig stärker als bisher eine Unterbringung in Wohnungen und mehr SozialarbeiterInnen und die Geflüchteten erhalten eine elektronische Gesundheitskarte, die ihnen den Zugang zu medizinischer Versorgung erleichtert.

Neben der guten Unterbringung ist vor allem das Erlernen der deutschen Sprache Grundvoraussetzung für eine neue Lebensperspektive. Die vom Bund angebotenen Integrationskurse sind erst nach positivem Bescheid des Asylverfahrens nutzbar. Damit wird wichtige Zeit verschenkt! Es ist deshalb nicht

hoch genug zu schätzen, dass ehrenamtliche HelferInnen überall im Land, Sprachkurse anbieten. Das Land hat zudem ein Programm aufgelegt, das die Möglichkeit eröffnet, bereits deutlich früher einen Sprachkurs zu absolvieren. Und auch die Arbeitsagentur und viele Volkshochschulen haben Plätze für Sprachkurse geschaffen. Dennoch braucht es von der Bundesebene endlich genügend Integrationskurse, die allen Geflüchteten offen stehen.

Kinder lernen am besten voneinander. Flüchtlingskinder haben einen Anspruch auf Kita-Betreuung und Schulbesuch, wie jedes andere Kind auch. Ihre Integration in die Einrichtungen stellt hohe Anforderungen an die Fachkräfte. Deshalb unterstützt das Land die ErzieherInnen durch Fortbildungsangebote und durch pädagogisches Material. Und auch der Bund beteiligt sich durch finanzielle Förderung von Sprach-Kitas an der Entwicklung tragfähiger Strukturen.

Bereits in der Erstaufnahmeeinrichtung gibt es für Kinder und Jugendliche erste schulische Angebote zum Erlernen der deutschen Sprache. Wenn sie in den Kommunen wohnen, unterliegen sie der Schulpflicht und sollen so schnell wie möglich am normalen Unterricht teilnehmen. In 166 Vorbereitungsgruppen und 522 Förderkurse werden Flüchtlingskinder derzeit darauf vorbereitet. Durch das Land werden die notwendigen zusätzlichen Planstellen zur Verfügung gestellt. Gleichzeitig werden aktuell ca. 120 Lehrerinnen und

Lehrer im Bereich Zweitspracherwerb fortgebildet. Flüchtlinge wollen möglichst schnell selbst Geld verdienen und ihren Lebensunterhalt bestreiten. Hier gibt es mittlerweile eine intensive Kooperation und eine Vielzahl von Projekten von Arbeitsagentur, Wirtschaft und Politik, die einen möglichst reibungslosen Einstieg in das Arbeitsleben ermöglichen sollen. Das Land stellt bspw. Gelder für eine assistierte Ausbildung für Jugendliche zur Verfügung, die Arbeitsagentur bzw. die Jobcenter ermöglichen über Einstiegsqualifizierungen den Ausbildungs- und Berufsstart und das IQ-Netzwerk Brandenburg berät bei Berufsanerkennung und Fortbildungsbedarf. Weitere Beispiele sind Praktika, Qualifizierungsmaßnahmen für Menschen mit ausländischen Abschlüssen, Studienkollegs usw.

Das Leben in einem fremden Land ist kompliziert. Der Einstieg wird auch und vor allem durch zivilgesellschaftliches Engagement erleichtert. Tausende Ehrenamtliche begleiten Flüchtlinge bei Behördengängen oder zum Arzt, beraten im täglichen Leben, helfen im Rahmen von Patenschaften und ermöglichen den Spracherwerb. Und auch Vereine im ganzen Land engagieren sich, den Neuankömmlingen das Mittun zu ermöglichen. Diese Aktivitäten unterstützt das Land Brandenburg bspw. durch einen Fonds, aus dem Initiativen unbürokratisch finanzielle Unterstützung erhalten können und durch ein Fortbildungsprogramm für ehrenamtlich Engagierte.

All das und noch viel mehr trägt dazu bei, dass die zu uns Geflüchteten sich in Brandenburg heimisch fühlen und sich ein eigenständiges Leben aufbauen können. So dass dann immer mehr von ihnen sagen können: Ja, ich bin integriert!

von *Andrea Johlige, MdL*

Dem Bürgerkrieg entkommen

Ein syrischer Lehrer erzählt von seiner Flucht

Abdul T. (34) lebt als anerkannter, syrischer Kriegsflüchtling mit seiner Familie bei Döbern in Brandenburg. Wir haben ihn gefragt, warum er aus seiner Heimat geflohen ist und was er auf der Flucht erlebt hat.

Herr T., bitte schildern Sie uns Ihr Leben vor dem Ausbruch des Krieges in Syrien. Was ist Ihr Beruf? Wie sah Ihr Alltag und der ihrer Familie aus?

Unsere Familie hat in Ariha, einer Stadt mit 50.000 Einwohnern zwischen Latakia und Aleppo, gelebt. Mein Vater hat als Kunstlehrer gearbeitet. Er war angesehen und geachtet. Ich habe einen Hochschulabschluss, habe an einer Berufsschule als Lehrer gearbeitet und war als Designer tätig. Unsere Familie war wohlhabend, wir hatten alles was wir brauchten und waren mit unserem Leben sehr zufrieden.

Wie hat sich die Situation in Ihrer Heimatstadt und das Leben Ihrer Familie mit Beginn des Kriegs verändert?

Im April 2011 formierte sich in unserer Stadt eine Gruppe, um demokratische Veränderungen zu fordern. Meine Brüder und ich gehörten zu den Gründern. Wir demonstrierten friedlich, unser Ziel war es, die Menschen aufzurütteln. Schon in der zweiten Woche waren wir fast 300 Personen. Erst nach fünf Monaten wurden Forderungen nach Assads Sturz laut. Im August 2011 wurde ich zum militärischen Sicherheitsdienst vorgeladen, als Anführer registriert, verwarnt und mit einem Demonstrationsverbot belegt.

Mitte 2012 wurde Ariha vollständig von der Armee besetzt. Es herrschte militärische Willkür, Menschen wurden einfach so erschossen, darunter auch Freunde von mir. Auf vereinzelt bewaffneten Widerstand reagierte die Armee mit grausamer Vergeltung.



Panzer und Hubschrauber zerstörten Häuser in unserer Nachbarschaft. Es kam zu Hausdurchsuchungen, mir und meinen Brüdern drohte die Festnahme. Da fassten wir den Entschluss, wir müssen weg von hier, egal wohin.

Wie haben Sie die weite Strecke nach Deutschland zurückgelegt, wie ist es Ihnen auf diesem Weg ergangen? Welche Erlebnisse hatten Sie?

Wir verließen Ariha und überquerten zu Fuß illegal die Grenze zur Türkei. Wir gingen ohne Gepäck und nahmen nur Papiere, Geld und Schmuck mit. Zwei Jahre lang warteten wir, dass sich die Situation in Syrien ändert. Wir lebten dort unter sehr schwierigen Bedingungen, besonders mein 65-jähriger Vater hoffte sehnlichst auf eine Rückkehr.

Im August 2014 machte ich mich auf den Weg nach Europa, den ich erst im April 2015 beenden konnte. Nicht vergessen kann ich die lebensgefährliche Überfahrt von der Türkei nach Griechenland, den Fußmarsch mit ständiger Furcht vor der Polizei, die Nächte im Wald bei -11 Grad, meinen Gefängnisaufenthalt in Mazedonien und die menschenunwürdige Behandlung durch die Polizei in Ungarn. Den Weg

von Budapest nach Passau konnte ich in einem Auto zurücklegen, von dort ging es weiter mit dem Zug über Berlin nach Eisenhüttenstadt.

War es Zufall, dass Sie Ihre Flucht nach Deutschland geführt hat?

Mein Ziel war ein Land, in dem Flüchtlinge menschenwürdig behandelt werden und Möglichkeiten zur Integration haben. Da entfernte Verwandte hier leben, entschied ich mich für Deutschland.

Was war Ihr erster Eindruck als Sie in Deutschland ankamen? Sind Sie gleich nach Brandenburg gekommen oder gab es weitere Stationen in Deutschland?

Meine ersten Eindrücke von Deutschland war ein Mann aus Hamburg im Zug von Passau, er verhielt sich freundlich, interessierte sich und gab mir Hinweise für die Zugfahrt. Positive Eindrücke habe ich auch von deutschen Polizisten, die für mich unerwartet freundlich waren, und Menschen in Friedrichshain und Döbern, von denen ich Hilfe und Unterstützung in verschiedener Weise erhielt.

Welche Erwartungen haben Sie an ein Leben in Deutschland und welche Ängste haben Sie?

Ich habe keine Ängste, ich bin ein positiv denkender Mensch, der offen ist für die Zukunft. Ich möchte keine Ansprüche stellen, sondern mit meiner Familie ein Leben in Frieden und ohne Angst führen. Ich möchte studieren, damit mein Hochschulabschluss in Deutschland anerkannt wird und ich mit einer qualifizierten Arbeit meine Familie ernähren kann.

Das Interview führte Norbert Höink, wir haben es redaktionell gekürzt.



Diana Bader eröffnet ihr neues Büro in Finsterwalde...



...und viele Gäste feiern



Andreas Bernig besucht Flüchtlinge in Ferch



Die Fraktion heißt in Potsdam Flüchtlinge willkommen



René Wilke demonstriert in Frankfurt für den Frieden



Andrea Johlige moderiert einen politischen Filmabend in Cottbus



Isabelle Vandre spricht gegen Nazis in Templin (Foto: Chr. Hartphiel)



Anita Tack empfängt eine 102-jährige Genossin im Landtag



Andreas Bernig und René Wilke besuchen Mahnwache gegen HartzIV



Thomas Domres und Anke Schwarzenberg in der Lausitz

Ausflugstipp

Kultur und Sport bei Bernau

Etwas außerhalb, etwa drei Kilometer vom S- und Fernbahnhof entfernt, befindet sich das Bauhaus-Denkmal Bundesschule Bernau. Es ist eines der größten geschlossenen Ensembles der Bauhauskultur. Wenn man zum Beispiel mit dem Fahrrad Richtung Liepnitzsee unterwegs ist, kann man hier gut einen Abstecher machen. Der Verein „Baudenkmal Bundesschule“

bietet regelmäßig sonntags Führungen und Besichtigungen an, die nächsten am 15. Mai und 5. Juni (Termine unter www.bauhaus-denkmal-bernau.de). Die deutsche Kultusministerkonferenz hat zwischenzeitlich bei der UNESCO beantragt, das Ensemble – ergänzend zu den bereits anerkannten Bauhaus-Stätten in Dessau und Weimar – in die Weltkulturerbe-Liste aufzunehmen.

Ohne das Engagement des Vereins „Baudenkmal Bundesschule Bernau“ und ohne die denkmalgerechte Sanierung durch den aktuellen Betreiber, die Handwerkskammer Berlin, wäre das nicht möglich gewesen. Seit 2012 setzt sich die Rot-Rote Landesregierung dafür ein, dass die Bundesschule Weltkulturerbe wird. Anlass ist das 100-jährige Bestehen, das im Jahr 2019 gefeiert werden soll. Für die nächste Debatte zum Landeshaushalt geht es deshalb um einen Zuschuss von 400.000 Euro, um ein Besucherzentrum einzurichten.

Wenn man einmal auf dem Gelände angekommen ist, lohnt sich ab Beginn der Badesaison, dem 14. Mai, ein Sprung ins Wasser: Zum Komplex gehört auch das jahrzehntealte und im Jahr 2014 nach umfangreicher Sanierung mithilfe von Landesmitteln wiedereröffnete Freibad Bernau-Waldfrieden. Hier findet man neben Sprungturm, Nichtschwimmerbecken und Liegewiese noch eine 50-Meter-Bahn, die Schwimmer begeistert.



von Ralf Christoffers



Diana Bader

Sprecherin für Frauen-, Familien-, Gleichstellungs- und Behindertenpolitik

Kontakt:

Tel.: 0331/966-1531
E-Mail: diana.bader@linksfraktion-brandenburg.de



Dr. Andreas Bernig

Sprecher für Arbeitsmarktpolitik und Gewerkschaften

Kontakt:

Tel.: 0331/966-1569
E-Mail: andreas.bernig@linksfraktion-brandenburg.de



Marco Büchel

Sprecher für Europa-, Entwicklungspolitik und Verbraucherschutz

Kontakt:

Tel.: 0331/966-1518
E-Mail: marco.buechel@linksfraktion-brandenburg.de



Ralf Christoffers

Fraktionsvorsitzender

Kontakt:

Tel.: 0331/966-1500
E-Mail: vorsitzende.pgf@linksfraktion-brandenburg.de



Kathrin Dannenberg

Stellv. Fraktionsvorsitzende
Sprecherin für Bildungs- und Sportpolitik

Kontakt:

Tel.: 0331/966-1515
E-Mail: kathrin.dannenberg@linksfraktion-brandenburg.de



Thomas Domres

Parlamentarischer Geschäftsführer
Sprecher für Energie und Umweltpolitik

Kontakt:

Tel.: 0331/966-1536
E-Mail: vorsitzende.pgf@linksfraktion-brandenburg.de



Gerrit Große

Mitglied des Vorstands
Sprecherin für Kinder-, Jugend- und Kulturpolitik

Kontakt:

Tel.: 0331/966-1516
E-Mail: gerrit.grosse@linksfraktion-brandenburg.de



Andrea Johlige

Sprecherin für Asyl-, Flüchtlings-, MigrantInnen- und AusländerInnenpolitik und Tolerantes Brandenburg

Kontakt:

Tel.: 0331/966-1521
E-Mail: andrea.johlige@linksfraktion-brandenburg.de



Matthias Loehr

Sprecher für Tourismus und Wirtschaftspolitik

Kontakt:

Tel.: 0331/966-1522
E-Mail: matthias-loehr@linksfraktion-brandenburg.de



Stefan Ludwig
Sprecher für Kommunalpolitik
und Finanzen

Kontakt:

Tel.: 0331/966-1513
E-Mail: stefan.ludwig@
linksfraktion-brandenburg.de



Margitta Mächtig
Sprecherin für Rechts-
und Justizpolitik

Kontakt:

Tel.: 0331/966-1558
E-Mail: margitta.maechtig@
linksfraktion-brandenburg.de



Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg
Sprecher für Innenpolitik

Kontakt:

Tel.: 0331/966-1512
E-Mail: hans-juergen.scharfenberg@
linksfraktion-brandenburg.de



Dr. Volkmar Schöneburg
Sprecher für Medienpolitik

Kontakt:

Tel.: 0331/966-1520
E-Mail: volkmar.schoeneburg@
linksfraktion-brandenburg.de



Anke Schwarzenberg
Sprecherin für Landwirtschaft,
ländliche Entwicklung und
Minderheitenpolitik

Kontakt:

Tel.: 0331/966-1553
E-Mail: anke.schwarzenberg@
linksfraktion-brandenburg.de



Anita Tack
Sprecherin für Stadtentwicklungs-,
Bau-, Wohnungs- und Verkehrspolitik

Kontakt:

Tel.: 0331/966-1510
E-Mail: anita.tack@
linksfraktion-brandenburg.de



Isabelle Vandre
Mitglied des Vorstands
Sprecherin für Hochschul-, Wissen-
schafts- und Forschungspolitik

Kontakt:

Tel.: 0331/966-1533
E-Mail: isabelle.vandre@
linksfraktion-brandenburg.de



René Wilke
Stellv. Fraktionsvorsitzender
Sprecher für Sozial-, Gesundheits-,
Pflege- und Seniorenpolitik

Kontakt:

Tel.: 0331/966-1524
E-Mail: rene.wilke@
linksfraktion-brandenburg.de

www.linksfraktion-brandenburg.de